

U. a



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

VIII/124

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

30. Mai 1953

Hinweise
auf den Inhalt:

Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Doch noch Wahlbetrug ?	S. 1
Volksabstimmung in Dänemark	S. 3
Zur Frauentagung der SPD in Köln	S. 5

Das Spiel mit dem Wahlgesetz

(sp) Am 2. Juni wird der mit der Ausarbeitung eines Gesetzes für die kommende Bundestagswahl beauftragte Ausschuss in 2. Lesung beraten. Zunächst hatte der Ausschuss den Entwurf des CDU-Abgeordneten Scharnberg, an dem die zuständigen Regierungstellen massgebend beteiligt waren, mit 14 : 13 Stimmen angenommen. Dieser Vorschlag weist zwar nicht mehr die ganze extreme Schärfe des ursprünglichen Regierungsentwurfes mit der ominösen Hilfsstimme auf, behält aber im Grunde den von der Regierungsseite her bestimmten parteipolitischen Zweckcharakter bei. Worin er liegt, ist oft gesagt worden.

Man hat der Bundeskanzler sich in der letzten Zeit mit besonderer Hartnäckigkeit gerade diesem Gegenstand zugewandt, dessen Bedeutung für die politische Zukunft der Bundesrepublik tatsächlich entscheidend ist. Er hat zuletzt vor allem mit Vertretern der Föderalistischen Union, dem Zusammenschluss von Bayerpartei und Zentrum, verhandelt. Beide Gruppen waren bisher Gegner des Regierungsvorschlages, wenn auch in der letzten Ausschusssitzung die Mehrheit von einer Stimme durch den Bayerparteilier Becker erreicht worden ist. Es ist sicher, dass der Kanzler es sich viel kosten lassen würde, diese beiden Gruppen auf seine Seite zu ziehen und man weiss aus oft gemachter Erfahrung, dass er in solchen Situationen mit grosszügigen Versprechungen umzugehen weiss, ohne sich ihrer, ist der Erfolg eingetreten, immer genau zu erinnern.

Bayerpartei wie Zentrum haben nach ihrer ganzen Struktur

einen sehr begrenzten Wirkungsbereich im Bundesgebiet, wobei beim Zentrum auch noch das schwere Hindernis der sogenannten Sperrklausel des Wahlggesetzes hinzukommt, das sie nur mit großer Mühe, wenn überhaupt, wird überwinden können. Hier läge für diese Partei ein Preis von erheblichem Wert. Das natürliche Interesse beider Gruppen der FU besteht also in einem Wahlrecht, das ihnen einen relativ großen Spielraum zu selbständiger politischer Tätigkeit in der kommenden Legislaturperiode läßt. Davon kann nach dem Scharnberg-Entwurf nicht die Rede sein.

In diesem Zusammenhang wird übrigens an Stellen, die die Zusammenhänge auf der Regierungseite besonders gut überblicken, auf die kürzliche Papst-Botschaft an die deutsche Bischöfe erinnert, die sich ja auf die Vorwellsituation in der Bundesrepublik bezog, und in der u.a. von "Sonderwünsche und Sonderaktionen" die Rede war, "die die Gläubigen um letzter großer Ziele willen zurückstellen sollten". Damals schien diese Wendung, die heute Profil und Farbe bekommen hat, etwas dunkel. Sie besagt mit anderen Worten, die kleinen, katholisch orientierten Parteien auf Länder- oder noch schmalerer Basis sollten sich eben um jener letzten großen Ziele willen auch mit einer Lösung einverstanden erklären, die auf ihre Kosten geht, weil sie höchst wahrscheinlich die Vorherrschaft der schon heute stärksten Regierungspartei unangreifbar machen würde.

Diese "Karikatur einer Wahlggesetzgebung", wie Ollenhauer sich in Köln ausdrückte, ist das Mittel, auf pseudo-demokratische Weise zu einer Einparteiherrschaft zu kommen, und zwar einer Partei, deren finanzieller Rückhalt die Unternehmerschaft ist und deren Hauptziel darin besteht, eine Bastion des politischen Katholizismus zu sein und zu bleiben. Man kann sich, ohne daß die Phantasie besonders strapaziert werden muß, vorstellen, mit welchem Eifer ein Parlament und eine Regierung, die von dieser Partei beherrscht werden, etwa die deutsche Wiedervereinigung, betreiben würden. Immerhin - neben dem Plenum des Bundestages wird auch der Bundesrat noch ein Wort mitzureden haben.

+ + +

Die Volksabstimmung in Dänemark

KRK, Kopenhagen

Am 28. Mai wurde der Schlußstein zur dänischen Verfassungsreform gesetzt: eine Volksabstimmung bestätigte die von zwei Reichstagen angenommenen Änderungen. Damit ist der Übergang zu normaler parlamentarischer Arbeit möglich, die durch die Verfassungsarbeit der beiden zuletzt gewählten Reichstage stark gestört worden war.

Es ist in Dänemark vorgeschrieben, dass Verfassungsänderungen nur dann gültig werden, wenn mindestens 45 Prozent der Stimmberechtigten (nicht der Abstimmenden!) sich für sie aussprechen. Diese verhältnismässig hohe direkte Anteilnahme des Volkes an dem Verfassungswerk war gar nicht so leicht zu erreichen. Obwohl mit Ausnahme der Kommunisten sich alle Parteien für die wichtigsten Teile des Verfassungswerkes ausgesprochen hatten, galt es, die Gleichgültigen zu wecken und die Lässigkeit zu bekämpfen, die schon einmal, nämlich 1939, eine Verfassungsänderung verhinderten.

Der "Stimmzettel" war recht umfangreich und enthielt eine Menge Fragen (gegen dreissig) auf einmal, nämlich auch solche Teilfragen, über welche die Parteien sich nicht hatten einigen können. So z.B. die Frage Nr. 28 nach dem Wahlalter, das die Sozialdemokraten auf 21, die Konservativen auf 23 Jahre festlegen wollten. Nur eine Minderheit sprach sich für die Wahlberechtigung der 21jährigen aus. Dieser Blumenstraus von Fragen, der das Ergebnis politischer Kompromisse ist, enthielt auch jene nach der Möglichkeit, die Thronfolge auf weibliche Mitglieder des Königshauses zu übertragen. Vor allem aber sieht die neue Verfassung die Abschaffung der Ersten Kammer, des sogenannten Landsting, vor. Die Kommunisten warben eifrig für ein "Nein" gegen die Bestimmung, die das Zusammenwirken mit den Streikkräften verbündeter Nationen zum Zwecke der Landesverteidigung vorsieht. Dieser Nein-Werbung war kein besonderer Erfolg beschieden. Die Friedensoffensive Moskaus wird in Dänemark nicht sehr ernst genommen.

Der am 21. April gewählte Reichstag, dessen wichtigste Bestimmung es war, die Verfassungsreform des vorigen zu bestätigen, wird kaum andere Verwaltungsaufgaben erfüllen können. Er muss einem neuen Reichstag Platz machen, der im September gewählt werden wird.

Die demokratischen Parteien waren nach dem 21. April übereingekommen, dass die bürgerliche Minderheitsregierung Eriksen vorläufig am Ruder bleiben solle, obwohl das Wahlergebnis die Sozialdemokraten als Sieger erscheinen liess. (Den 59 Mandaten der bürgerlichen Koalitionsparteien stehen 61 der Sozial^{demo}okraten gegen.) Die Regierung Eriksen sollte das Verfassungswerk zu Ende führen und dann einer sozialdemokratisch geleiteten Regierung Platz machen, welche die Neuwahl des Einkammer-Parlamentes vorzubereiten hätte.

Hans Hedtoft will nicht gern eine sozialdemokratische Minderheitsregierung bilden, sondern wird sich vermutlich um eine Koalition mit der Bauern-Linken bemühen. Der sehr geringe Inhalt des Programms einer solchen Übergangsregierung kann ein derartiges Koalitionsübereinkommen erleichtern.

+ + +

138 Jahre Pension

Der königliche Rechnungshof Hollands hat Einspruch dagegen erhoben, daß die Regierung auch im Pensionsbudget von 1953 eine Pension für die Nachkommen des preußischen Generals Bülow von Bennowitz zahlt. Jener preußische General kommandierte im Jahre 1813 das preussische Hilfskorps, das den Holländern half, die Franzosen Napoleons aus ihrem Lande zu jagen. Aus Dankbarkeit versprach und zahlte Holland seitdem der Familie Bülow von Bennowitz eine "ewige Pension". Der Rechnungshof drückt sein Erstaunen darüber aus, daß trotz der Besetzung Hollands durch deutsche Truppen im Jahre 1940 diese Pension immer noch gezahlt wird und hat der Kammer vorgeschlagen, sie durch ein Gesetz zu streichen ...

x

Beinahe Mau-Mau im Kongo

Zwölf schwarze Frauen und dreißig Männer sind im dunkelsten Kongo verhaftet und wegen Totschlags vor Gericht gestellt worden. Sie gehörten der Sekte "Mukunkusa" an, die die Auffassung vertrat, daß persönliches Unglück und Rückschläge auf die Behexung durch gewisse Nachbarn zurückzuführen seien. Diese Behexung würde dadurch behoben, daß man unter Begleitung von Zauberformeln und wilden Maskentänzen jene Personen durch Einbuddeln "reinigete". Diese Reinigung ging jedoch so weit, daß die betreffenden in der "reinigenden" Erde erstickten. Schließlich fiel der Kolonialpolizei auf, daß in gewissen Dörfern mißliebige Personen spurlos verschwanden, sie entdeckte die verscharrten Leichen und ist nun dabei, die "Mukunkusa-Sekte" ihrerseits zu "reinigen".

+ + +

Die Frauen und die Sozialdemokratie

K.N. Es war ein richtiges und begrüßenswertes Vorhaben, die Zentrale Frauenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Köln stattfinden zu lassen: In der ehrwürdigen Rheinmetropole treffen geistige Strömungen gleichsam polar aufeinander, die für die Abhaltung dieser Tagung nur fruchtbar sein konnten. Köln ist nicht nur eines der Hauptzentren der heutigen klerikalischen Restauration, es ist auch - wie die Frauensekretärin der SPD, Herta Gotthelf, es eingangs feststellte, die Stadt, in der August Bebel geboren wurde und Karl Marx arbeitete.

Zwischen diesen beiden polaren Kristallisationspunkten - den gegenwärtigen restaurativen Bemühungen gewisser Kreise aus dem katholischen Lager und dem von der Sozialdemokratischen Partei seit der Zeit August Bebels unerschrocken geführten Kampf um die Gleichberechtigung der Frau - kreisten in der Tat die Argumente und Thesen der Kölner Tagung. Die juristischen Debatten um die Bedeutung des Artikels 3 des Bonner Grundgesetzes sind gleichsam nur die modernste Version in der seit Jahrzehnten von beiden Gruppen durchgeführten Auseinandersetzung.

Es kann nicht schaden, der Öffentlichkeit immer wieder ins Gedächtnis zu rufen, daß dieses Ringen um die Gleichberechtigung von Anfang an maßgeblich von der Sozialdemokratischen Partei beeinflusst wurde. Dabei hat die Partei, wie Erich Ollenhauer in seiner Ansprache bemerkte, diese Haltung nicht etwa unter dem Druck der fortschreitenden Zeitergebnisse oder aus opportunistischen Erwägungen eingenommen: Es war vielmehr das Bild des Menschen in der sozialistischen Gesellschaft, das diesem Kampf die Nahrung gegeben hat.

Seit dem Erscheinen von Bebels "Die Frau und der Sozialismus" sind fast 75 Jahre verstrichen. Die Erfolge, die in dieser Zeit bei dem Kampf der SPD um die Sicherung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Existenz der Familie und der Frau errungen werden konnten, sind groß. Daß auch die noch zu lösenden Probleme mit der notwendigen Leidenschaft, aber auch mit besonders beachtlicher Sachkenntnis angefaßt werden, hat die Kölner Frauentagung erwiesen.

Verantwortlich: Peter Raunau